

# BÜCHER

---

## DIE REICHEN, DIE ARMEN UND DIE GESCHICHTE\*)

---

### 1. Einleitung

Die Probleme der Dritten Welt bewegen die Öffentlichkeit der entwickelten Industriestaaten seit den fünfziger Jahren. Da war einmal das ins Auge springende Phänomen der ungeheuren Einkommensunterschiede zwischen diesen Regionen. Diese Feststellung drückt keineswegs eine Trivialität aus, sondern eine historische Einmaligkeit. Niemals zuvor traten in der Geschichte derartige Einkommensdifferenzen auf, da bis vor 200 Jahren alle Völker im wesentlichen Agrargesellschaften mit vergleichbarer Produktionstechnik waren (Bairoch S. 101). Und daraus entstanden sozial motivierte Überlegungen, wie man diese Wohlstandsunterschiede verringern könnte.

Diese Intentionen wurden allerdings auf massive Weise durch die politischen Ereignisse beflügelt, weil diese „Dritte Welt“ sich als zwischen der westlich-marktwirtschaftlichen ersten und der kommunistisch-planwirtschaftlichen zweiten Welt stehend empfand. Und tatsächlich konnte man in diesen Ländern lange Zeit selten ein Regime finden, das den westlichen Vorstellungen von Demokratie entsprach, und im wirtschaftlichen Bereich fanden sich alle Variationen ökonomischer Systeme. Sie reichten von orthodoxen Planwirtschaften, wie China, über Mischformen, wie Indien, bis auch zu Marktwirtschaften, wie die meisten südamerikanischen Staaten. Damit kam diesen Ländern aber eine zentrale Position in der globalen Auseinandersetzung zwischen Ost und West zu, beide Blöcke versuchten, diese Staaten an sich zu binden und ließen ihnen beträchtliche Mittel, freilich häufig in Form von Rüstungsgütern, zukommen.

Aber auch in der öffentlichen Diskussion, vor allem Europas, spielten die Entwicklungsländer eine große Rolle, ja, sie erlangten geradezu Symbolcharakter. Sie demonstrierten für große Gruppen von Intellektuellen die zahlreichen Defizienzen des kapitalistischen Systems. Ihre Armut resultierte, nach einer auf Rosa Luxemburg zurückgehenden Tradition, aus dessen Aufstieg, und auch sein gegenwärtiger Wohlstand komme in beträchtlichen Ausmaß durch die Ausbeutung der Dritten Welt zustande. Die politische Entkolonialisierung sei durch den „Neokolonialismus“ der internationalen Konzerne abgelöst worden, wie denn der Kapitalismus diesen Ländern sein System aufzuzwingen versuche und genuine Lösungsversuche im Keim erstickte.

\*) Rezensionenartikel über: Paul Bairoch, *Economics and World History. Myth and Paradoxes*, Simon & Schuster, New York 1993, 184 Seiten; und: Aymo Brunetti, *Politisches System und Wirtschaftswachstum*, Verlag Rüegger, Chur 1992, 209 Seiten, Sfr 38,-. Der Autor dankt Univ.-Prof. Dr. Tichy, Univ.-Doz. Dr. Baltzarek sowie den Teilnehmern am Seminar „Industrialisierung und Entwicklungsländer“ im Sommersemester 1993 an der Universität Wien für viele Anregungen.

Nach diesen Gedankengängen fanden sich Ansätze zu adäquaten Entwicklungen nur in jenen Ländern der Dritten Welt, die im sowjetischen oder chinesischen Einflußbereich lagen und den Weg staatlicher Planung zur Lösung ihrer wirtschaftlichen Probleme beschritten. Natürlich ist auch dieses Gedankengebäude seit dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems etwas brüchig geworden, doch erhält man andererseits den Eindruck, daß die Probleme der Dritten Welt den letzten Ansatz zur massiven Kritik des kapitalistischen Systems repräsentieren.

Es stellt sich sofort die Frage, was derartige intellektuelle Moden mit der wissenschaftlichen Erforschung eines Sachbereiches zu tun hätten. Doch scheint es, wenn man die Erklärungsansätze für die Fragen dieses Bereiches prüft, diese seien, wie in keinem anderen Zweig der Nationalökonomie, eben von solchen Strömungen determiniert. „Die programmatische und ideologische Funktion, die Entwicklungstheorien immer auch erfüllen, hat nicht nur den Diskurs zwischen den Theorieschulen außerordentlich erschwert, sondern auch die Selbstkorrektur innerhalb der einzelnen Richtungen“ (1).

## **2. Von der Neoklassik zur „Dipendencia“ – die Schulen der Entwicklungsökonomie**

Allein diese Gegebenheiten ließen eine Vielzahl von Erklärungsansätzen für die Entwicklungsökonomie erwarten, doch geht ihre Menge weit über die grundsätzlichen Positionen hinaus. Von einer auch nur mehrheitlichen akzeptierten Erklärungshypothese kann keine Rede sein. Die Entwicklungstheorie zählt zu jenen Bereichen der Ökonomie, welche die am wenigsten befriedigenden Forschungsergebnisse aufweist.

Allerdings läßt sich die Vielzahl der Ansätze grob in zwei Gruppen zusammenfassen. Da sind einmal die Hypothesen, die man der konventionellen Nationalökonomie zurechnen könnte, die sich ohne sonderlichen moralischen Impetus der nationalökonomischen Analyseinstrumente bedienen – freilich mit durchaus unterschiedlichen Schwerpunkten und Aussagen. Die andere Gruppe verwendet zwar mitunter auch solche Instrumente, überschreitet jedoch häufig die Grenzen der Nationalökonomie und gelangt in der Regel zu einem Ergebnis, daß die deplorable Lage der Entwicklungsländer auf die Existenz oder die Aktivität der – kapitalistischen – Industriestaaten zurückgehe.

Der traditionelle Kern der ökonomischen Theorie, die Neoklassik, welche im Prinzip Veränderungsprozesse zum Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage in einem bestimmten Zeitpunkt analysiert, hat naturgemäß wenig zur speziellen Problematik anzubieten. Sie geht nur davon aus, daß Außenhandel alle Beteiligten besserstelle und erwartet vom möglichst freien Warenverkehr, er werde den Entwicklungsländern so viele Vorteile vermitteln, daß diese sich selbst allmählich aus der Stagnation lösen könnten.

Angesichts der offenkundigen Tatsache, daß langjähriger und recht intensiver Außenhandel gar nichts bewirkte, entwickelte sich jener Komplex, der unter dem Begriff „Modernisierungstheorien“ zusammengefaßt und vor allem an den nordamerikanischen Universitäten beheimatet ist. Diese Überlegungen gehen davon aus, daß die angestrebten Ziele der Entwicklungsländer, wie Beschäftigung, Einkommenssteigerung, soziale Sicherheit und politische Partizipation, nur im Rahmen der modernen Industriegesellschaft – amerikanischer Prägung – gefunden werden können. Alle (wirtschafts)politischen Maßnahmen müßten daher darauf gerichtet sein, die Entwicklungsländer in diese Richtung zu verändern.

Diese Position wurde massiv als Musterbeispiel einer ideologiebehafteten Theorie kritisiert, die einfach den anglo-amerikanischen Kapitalismus als Leitbild für Modernität setze, in keiner Weise auf die jeweiligen Gesellschaften der Dritten Welt eingehe und Abweichungen vom westlichen Modell als Fehl- oder Rückentwicklung betrachte „... wie in der absurden Konsequenz auch der Sozialismus... als pathologische Fehlentwicklung...“ eingestuft werde (2). Freilich meinen auch die Kritiker der Modernisierungstheorie, daß die „... Entwicklung ein zielgerichteter Prozeß...“ und damit „... Entwicklungstheorie also notwendigerweise normativ“ (3) sei.

Ein wesentlicher kritischer Ansatz richtet sich gegen die – teilweise implizite – Annahme der Modernisierungstheorien, daß die Ursachen der Unterentwicklung in der sozialen und ökonomischen Struktur dieser Länder liege, denn „... auch die sogenannten ‚endogenen‘ Faktoren (sind) wesentlich ‚exogen‘ vermittelt und geprägt...“ (4). Damit ist aber der Grundzug der zweiten Theoriegruppe determiniert. Zwar variieren die Analysen, aber sie führen insofern alle zum gleichen Resultat, daß die Ursachen der Unterentwicklung in den industrialisierten kapitalistischen Ländern liegen.

Unter den nahezu unübersehbaren Ausprägungen dieses Ansatzes finden sich natürlich sehr unterschiedliche. Da sind jene, noch immer der Ökonomie stark verhafteten, wie etwa die Zentrum-Peripherie-Hypothese von Myrdal (1968), welche von regionalwirtschaftlichen Erfahrungen innerhalb von Industriestaaten ausgeht, aber auch die des „ungleichen Tausches“, der strukturell nachteiligen Wechselkursentwicklung von Prebisch (1955).

Doch reichen auch diese Überlegungen schon in den großen Komplex der „Dependencia“-Theorien hinein. Deren Inhalt läßt sich in etwa auf folgende Weise zusammenfassen: „Die Dritte Welt blieb nicht aufgrund von Ressourcen- oder Kapitalknappheit, der ‚Bevölkerungsexplosion‘, klimatischer oder ökologischer Benachteiligung, kultureller Rückständigkeit oder gar von Arbeitsunlust der ‚Primitiven‘ unterentwickelt, sondern wurde vom Imperialismus zur entwicklungsunfähigen ‚Peripherie‘ gemacht. Entwicklungsländer wurden auf diese Weise zu ‚unterentwickelten gehaltenen Ländern‘, zum billigen Rohstoffreservoir und mit Gewalt geöffneten Absatzmarkt für die industrielle Massenproduktion, die auch den ‚industriellen Kindesmord‘ einschloß. Entwicklung und Unterentwicklung seien also Resultate einer gemeinsamen Geschichte: des sich in Europa entfaltenden Kapitalismus und seiner verschiedenen Etappen und Formen des Imperialismus (5).“

Interessanterweise spielen wirtschaftshistorische Ansätze in der Analyse des Entwicklungskonzeptes keine hervorstechende Rolle. Zwar verlängern in den Modernisierungstheorien die Autoren das euro-amerikanische Leitbild nach hinten, indem sie darauf verweisen, daß die Länder der Dritten Welt eben einen ähnlichen Entwicklungsprozeß zu durchlaufen hätten wie Europa und Amerika, doch fehlt solchen Analysen meist die Erklärung dafür, warum dieser Prozeß auch in jener Region unterschiedlich verlaufen sei, oder die noch wesentlichere, warum denn dieser Prozeß gerade in Europa eingesetzt habe.

### 3. Am Anfang stehen die Fakten

Die Nichtbeachtung des wirtschaftshistorischen Aspekts der Entwicklungsproblematik führt jedoch zu weit vordergründigeren Mängeln. Es kann nicht überraschen, daß ein derartig ideologisch geladener Forschungsbereich die Formulierung von Hypothesen kennt, welche – um es vorsichtig auszudrücken – auf einer oberflächlichen Faktenbasis beruht oder – krasser gesagt – die Legendenbildung begünstigt.

Gerade damit hat sich Bairoch jüngst in seinem Buch „Economics and World History – Myth and Paradoxes“ auseinandergesetzt, vor allem mit den Argumenten, daß die Industrialisierung Europas von den Rohstoffen der Entwicklungsländer abhängig war, daß diese einen wichtigen Exportmarkt für die Industriestaaten darstellten und daß der Kolonialismus wichtige Impulse für die Industrialisierung vermittelte (Bairoch S. 57).

Bairoch demonstriert anhand umfangreicher Statistiken, daß diese Rohstoffabhängigkeit des Westens ein relativ junges Phänomen darstellt, das eigentlich erst nach dem Zweiten Weltkrieg auftrat. Bis dahin erzielten die Industriestaaten entweder einen veritablen Handelsbilanzüberschuß – wie mit Energie – oder zeigten eine mehr oder minder ausgeglichene Handelsbilanz – wie für Metalle. Das galt nicht für Wolle und Baumwolle, doch wurden diese aus anderen Regionen importiert, wie etwa den USA. Zwar gab es auch Rohstoffe, die tatsächlich ausschließlich aus der Dritten Welt eingeführt wurden, doch spielten diese keine bedeutende Rolle (Bairoch S. 59).

Überhaupt kam den Entwicklungsländern geringes Gewicht im Außenhandel der Industriestaaten zu. Die auf Rosa Luxemburg zurückgehende Hypothese, daß nur die Exportmöglichkeiten in die Dritte Welt das Überleben des Kapitalismus ermöglicht habe, findet in den Daten überhaupt keine Stütze. Von den gesamten Exporten der Industriestaaten fielen zwischen 1800 und 1938 17 Prozent auf diese Region. Angesichts einer damals relativ niedrigen Exportquote (8 Prozent bis 9 Prozent) entsprach dieser Güterstrom etwa 1,3 Prozent bis 1,7 Prozent des BIP in den Industriestaaten. Eine Ausnahme bildete nur Großbritannien, das 40 Prozent seiner Exporte, also 4 Prozent bis 6 Prozent seines BIP, in die Dritte Welt lieferte.

Dieses Resultat scheint auch deshalb nicht ganz überraschend, wenn man bedenkt, daß nach den Gravitationsansätzen zur Erklärung der Außenhandelsstruktur eines Landes räumliche Nähe, Höhe des Pro-Kopf-Einkommens und Bevölkerungszahl die maßgeblichen Determinanten sind (6).

Darüber hinaus gelte es, die ökonomischen Folgen des Kolonialismus für die Industrieländer grundsätzlich zu überdenken, da es sich zeige, daß die europäischen Kolonialstaaten im 19. Jahrhundert durchwegs langsamer gewachsen seien als jene ohne ein Kolonialreich. Offenbar hätten die Kolonien eher eine Belastung als einen ökonomischen Vorteil bedeutet (Bairoch S. 77). Ebensov wenig vermittelten die Länder der Dritten Welt oder die Kolonien wesentliche Impulse für die Industrialisierung. Diese habe in England um 1700 eingesetzt und sei gegen Ende des 18. Jahrhunderts im wesentlichen vollzogen gewesen. Aber vor diesem Zeitpunkt hätten die Kolonien praktisch keine Rolle gespielt. Ihre Einwohnerschaft erreichte 1750 nur 20% der englischen Bevölkerung.

Das änderte sich freilich im 19. Jahrhundert, als vor allem durch die Eroberung Indiens diese Quote auf 800% stieg und Indien der wesentlichste Markt für den Export englischer Baumwollstoffe geworden war. Aber darin drückt sich eben die Kausalität des Ablaufes aus. Nicht die Kolonien ermöglichten die Industrialisierung, sondern diese schuf die Voraussetzungen der kolonialen Expansion.

Vermochte also die spätere Dritte Welt nichts Wesentliches zur europäischen Industrialisierung beizutragen, ist damit nach Bairochs Meinung nicht gesagt, daß die Kolonialisierung keine deutlichen Folgen für die Entwicklungsländer zeitigte.

Jener Prozeß, der in Europa zur Verdrängung des Handwerks durch die Industrie führte, vollzog sich auf globaler Ebene zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern. Solches läßt sich an der totalen Zerschlagung des indischen

Textilhandwerks (Bairoch verwendet für diesen Prozeß das mißverständliche Wort „de-industrialization“) demonstrieren. Zum Unterschied zu den Industriestaaten kam es dort eben nicht zur Herausbildung einer nationalen Industrie.

Setzt sich Bairoch zunächst mit den Mythen über die Abhängigkeit der europäischen Industrialisierung von den späteren Ländern der Dritten Welt auseinander, so widmet er sich in der Folge eher den gegenwärtigen Beziehungen. Besonderes Gewicht gewinnt seine Analyse gegenüber einem der Standardargumente in der Entwicklungsdiskussion, nämlich der sekulären Verschlechterung der Terms of Trade für die Entwicklungsländer.

Das von Prebisch popularisierte Argument beruht auf einer Studie der Vereinten Nationen aus 1945, in welcher ein langfristiger Rückgang der Rohstoffpreise im Verhältnis zu jenen der Industrieprodukte festgestellt wird. Ein verblüffendes Resultat, wenn man bedenkt, daß die Industrialisierung durch eine enorme Steigerung der Produktivität charakterisiert ist. Bairoch legt auch dar, daß nur zahlreiche statistische Fehler (fallende Transportkosten, Qualitätsprobleme [7]), zu diesem Ergebnis führten. Einen veritablen Preiszusammenbruch gegenüber der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es nur bei Zucker durch den Übergang zur Rübenzuckerproduktion.

Damit ist gewiß nicht die gesamte Problematik dieses Komplexes geklärt, vor allem nicht für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, die langfristige Verschlechterung der Terms of Trade für die Dritte Welt erweist sich jedoch als Mythos.

Ein weiterer Schaden, welcher nach vielfach verbreiteter Meinung den Entwicklungsländern durch ihre Abhängigkeit vom Weltmarkt erwächst, läge in ihrer Spezialisierung auf exportierfähige landwirtschaftliche Produkte, wodurch sie zu Importen gezwungen seien und vielfach die Ernährung der Bevölkerung gefährdet sei.

Nun ist zunächst schwer zu verstehen, warum die Vorteile der Arbeitsteilung den Entwicklungsländern nicht zugute kommen können, denn eine Kaffeepflanzung erzielt immerhin den siebenfachen Ertrag des Getreideanbaues. Doch gelangt Bairoch in seiner Untersuchung dieser Änderung der Handelsströme zum Ergebnis, daß selbst eine totale Verwendung der Böden in den Entwicklungsländern für die Getreideproduktion nur einen Teil des Ernährungsdefizits wettmachen könnte, also vermutlich andere Gründe dieses Phänomen erklären müßten. Den Hauptgrund sieht Bairoch in der enormen Bevölkerungsvermehrung dieser Region, aber auch darin, daß die extreme landwirtschaftliche Produktivitätssteigerung in den Industriestaaten das Getreide entsprechend verbilligte (Bairoch S. 119).

Besondere Aufmerksamkeit widmet Bairoch dem Außenhandel. Zunächst stellt er die verbreitete Auffassung in Frage, daß die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts das goldene Zeitalter des Freihandels gewesen sei, dann aber auch die Meinung, Außenhandel habe immer und unter allen Umständen positive Wirkungen für die beteiligten Staaten. Wohl existieren dafür Belege, wie etwa die Entwicklung des Westens nach dem Zweiten Weltkrieg, aber auch für das Gegenteil. Die USA erwiesen sich vor dieser Periode stets als Bollwerk des Protektionismus.

Damit wird aber auch die Annahme über „Modernisierungstheoretiker“ fragwürdig, freier Außenhandel würde die Industrialisierung der Entwicklungsländer fördern. Auch für diese gilt wahrscheinlich das „Erziehungszollargument“ von List. Sowohl Japan wie die „Four Dragons“ betrieben in den frühen Phasen ihrer Industrialisierung eine restriktive Importpolitik.

#### 4. Die Ursachen der Unterentwicklung

Bairoch hat in äußerst verdienstvoller Weise unter Verarbeitung einer Fülle empirischen Materials eine Reihe von Problemen in der Beziehung zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern klargestellt (8), es war nicht das Thema seines Buches, die Frage, wie und wann eine industrielle Entwicklung überhaupt in Gang kommt, zu beantworten. Dies jedoch ist das zentrale Problem, um den Komplex der wirtschaftlichen Entwicklung zu klären. Und die Antwort darauf liegt fast ausschließlich bei der Wirtschaftsgeschichte.

Ausgangspunkt ist zunächst die Tatsache, daß auch in Europa die Industrialisierung nicht gleichzeitig erfolgte. Bekanntermaßen setzte sie zunächst in England ein und breitete sich mit deutlichem Zeitabstand nach Westen und Osten aus. Diesen Umstand versuchte erstmals W. Hoffmann in den dreißiger Jahren zu analysieren. Er faßte die Länder, die etwa zur gleichen Zeit in das Industriezeitalter eintraten, zusammen und gelangte zu dem Ergebnis, daß die Industrialisierung mehr als ein Jahrhundert benötigte, um sich von England aus nach Osteuropa auszubreiten (9). Alleine dieser regional-sequentielle Ablauf würde eine erste Erklärung für die unterschiedliche Entwicklung verschiedener Ländergruppen anbieten.

Aber natürlich stellt sich die Frage nach den Ursachen dieser Entwicklungsunterschiede. Die Antwort darauf versuchte Rostow in seiner Arbeit „Stages of Economic Growth“ zu geben. Ohne Hofmann zu kennen oder zu zitieren, demonstrierte er gleichfalls den regional-sequentuellen Industrialisierungsprozeß und erklärte ihn aus dem Zeitpunkt, da die Voraussetzungen für die Industrialisierung eines Landes vorlägen. Die Voraussetzungen hätten sich in einer „Vorbereitungsphase“ herausgebildet und reichten vom Vorhandensein einer Unternehmer- und Arbeiterschaft über Schulen, Universitäten, ein funktionierendes Geldwesen, eine entsprechende Verkehrsinfrastruktur bis zu technischem Fortschritt und Innovationsbereitschaft (10). Durchaus ähnlich beurteilte auch Gerschekron (1962) die industrielle Entwicklung.

Damit hätte sich zu der mechanischen Erklärung des Entwicklungsproblems eine inhaltliche dahin gesellt, daß in den Ländern der Dritten Welt die Voraussetzungen der Industrialisierung nicht oder erst zu einem späteren Zeitpunkt als in Europa vorlagen. Und der Charakter dieser Bedingungen zeigt, daß sie größtenteils endogen gegeben sein müssen. Die zahllosen behaupteten Effekte von Interventionen der Industriestaaten mochten die Entwicklung bremsen oder fördern, entscheidend mußte die interne Entwicklung eines Landes oder einer Ländergruppe sein.

#### 5. Warum Europa?

Damit stellt sich aber die weitere Frage: Wie kommen die notwendigen Voraussetzungen zustande? Wieso bildeten sie sich gerade in Europa heraus? Europa ist eine sehr junge Kultur, wenn man sie mit jahrtausendealten, wie etwa China, vergleicht. Und noch im frühen Mittelalter stach es international – zumindest auf den ersten Blick – kaum hervor, schon gar nicht im Vergleich mit der blühenden arabischen Kultur.

In jüngerer Zeit haben sich mehrere Autoren mit den Ursachen für diese exzeptionelle Entwicklung beschäftigt. Jones (1981) präsentiert eine umfassende Geschichtsschau, mit Argumenten, die vom Klima über das Fehlen politischer Katastrophen in Europa, wie die Mongolenstürme in Asien, bis zu geographischen Gegebenheiten (Seehandel) reichen.

Es scheint zwar, daß die meisten dieser Hypothesen noch einer Überprüfung bedürfen, doch fällt ein Argument ins Gewicht. Jones sieht ein zentrales Element der europäischen Entwicklung in der Rechtssicherheit. Sie scheint ihm insofern eine unabdingbare Voraussetzung einer kapitalistischen Wirtschaft zu sein, als sie langfristige Dispositionen, also vor allem Investitionen erlaubt. Alle nichteuropäischen Kulturkreise waren durch irgendeine Form von Despotismus gekennzeichnet, welche durch willkürliche Eingriffe solche Dispositionen nicht erlaubte oder sehr risikoreich machte. Die Abwesenheit despotischer Regierungsformen schreibt Jones den topographischen Gegebenheiten Europas zu, die solche Herrschaftssysteme nicht zuließen (11).

Dieses Argument wird von Rosenberg und Birdzell beträchtlich erweitert. Natürlich sehen auch sie die zentrale Bedeutung der Rechtssicherheit. Wesentlich scheint ihnen jedoch, daß die kommerzielle Sphäre von der Staatsgewalt weitgehend abgetrennt wurde, daß eine Berufsgruppe, eben die Unternehmer, die ökonomischen Dispositionen weitgehend frei von staatlichen oder religiösen Einflüssen treffen konnte, daß hier ein Freiraum für Innovationen entstand, eine Gesellschaftsstruktur aufgebaut wurde, die offen für Veränderungen war.

Als Geburtsstätte dieser Verhaltensweisen erwiesen sich die europäischen Städte des Mittelalters. Die meisten vermochten sich dem politisch ineffizienten System des Feudalismus insofern zu entziehen, als sie fast alle mehr oder minder demokratische Formen der Selbstverwaltung entwickelten, welche es ihnen erlaubte, genau jene Institutionen zu schaffen, welche die Industrialisierung ermöglichten (12).

Daran änderte sich auch nichts, als sich im Absolutismus der Zentralstaat massiv durchsetzte, denn nunmehr hatte die Staatsführung die Bedeutung der Wirtschaft als Einkommensquelle erkannt, aber nicht im klassischen Sinne als Objekt willkürlicher Zugriffe, sondern als Möglichkeit, laufende Erträge zu erzielen. Somit wurde die ökonomische Tätigkeit nicht nur akzeptiert, sondern massiv gefördert, von der Errichtung der materiellen und geistigen Infrastruktur bis zu einer veritablen Industriepolitik.

Damit werden aber zwei Faktoren offensichtlich: zunächst, daß das Zustandekommen der Voraussetzungen für industrielles Wachstum in Europa das Resultat eines sehr langen historischen Prozesses darstellt, der zumindest bis in das Mittelalter zurückreicht. Es liegt damit auf der Hand, daß Länder, die anderen Kulturkreisen angehören, den Prozeß, der in Europa mehrere Jahrhunderte benötigte, nicht in wenigen Jahren nachholen können.

Weiters aber zeigt sich ganz deutlich, daß die herkömmliche ökonomische Theorie zur langfristigen wirtschaftlichen Dynamik nichts beizutragen hat. Doch dokumentiert die national-ökonomische Wissenschaft ihre Vitalität dadurch, daß sie auf Herausforderungen solcher Art reagiert und adäquate Hypothesen formuliert. Die konkreten Antworten versucht die „Neue Institutionentheorie“ zu vermitteln.

## 6. Dritte Welt und Wirtschaftsgeschichte

Diese theoretischen Ansätze beschäftigen sich im wesentlichen mit zwei Aspekten des Wirtschaftsablaufes, die von der neoklassischen Argumentation für den bilateralen Tausch auf dem Markt stillschweigend vorausgesetzt werden.

Das sind zunächst klar definierte Eigentumsrechte, die auf den Erwerber des Guts übergehen müssen. Der Tausch eines Gutes gegen Geld muß nach bekann-

ten und akzeptierten Spielregeln erfolgen, und schließlich muß die Qualität des Gutes beiden Akteuren bekannt sein. Eine Annahme der Gegebenheit dieser Voraussetzungen mag in einer entwickelten Marktwirtschaft zulässig erscheinen. Weder ist sie es für die wirtschaftshistorische Entwicklung noch für die Entwicklungsländer.

Jedenfalls verursacht die Ausgestaltung derartiger Institutionen Kosten, und damit ist der zweite Schwerpunkt dieser Überlegungen berührt, denn generell verursacht jeder bilaterale Tausch Kosten, welche der Produktion nicht zugerechnet werden können, nämlich Transaktionskosten. Man vergegenwärtige sich, welche umfangreichen Sicherungsmaßnahmen von den Wirtschaftssubjekten für den Tausch getroffen werden müßten, gäbe es kein hochentwickeltes Zivil- und Handelsrecht, keine Gerichte, keine ausreichenden Informationen. Alle diese Institutionen müßten von den Tauschpartnern in irgendeiner Weise substituiert werden.

Und tatsächlich dokumentiert die historische Entwicklung den allmählichen Aufbau solcher Institutionen. Denn der Fernhandel im europäischen Mittelalter konnte nicht oder nur rudimentär mit Sanktionen des Staates durch Durchsetzung von Vereinbarungen rechnen. An seine Stelle traten zunächst nur der persönliche Kontakt und die Gefahr des Ausschlusses aus der Gruppe – und damit das Ende der Berufstätigkeit. Später wurden private Schiedsgerichte mit speziellen Rechtsvorschriften und einem „Strafregister“ geschaffen.

Von dieser historischen Darlegung gelangt man aber schon zu den Problemen der heutigen Entwicklungsländer. Als Beispiel diene Brunettis Studie über die Auswirkungen des politischen Systems auf das Wirtschaftswachstum in Peru. Der Autor geht von den Annahmen der neueren Wachstumstheorie aus, daß nämlich ein *spill over* höherer Technik durch umfangreiche ökonomische Transaktionen Wachstumsimpulse vermittelt. Ausgedehnte Transaktionen können aber nur erfolgen, wenn der Staat Institutionen geschaffen hat, welche Transaktionen zu niedrigen Kosten ermöglichen.

Die Einschränkung dieser allgemeinen Überlegungen erfolgt über die Analyse der Rolle des Staates. Dieser hat nicht notwendigerweise das Allgemeinwohl im Auge, sondern verfolgt auch spezifische Interessen. Eine solche Position kann aber wieder Unsicherheit schaffen, Risiken erhöhen und damit Transaktionskosten steigern. Dazu genügt es, wenn die wirtschaftsrelevanten Vorschriften häufig und unvorhergesehen geändert werden.

Eine derartige Situation sei in Peru gegeben: eine Demokratie, deren Präsident alle fünf Jahre vom Volk gewählt wird. Für die Legislaturperiode verfügt er praktisch über diktatorische Kompetenzen, was zu einer übermächtigen Exekutive führt, die per Dekret regiert und deren Ministerien sich überdies noch damit Kämpfe liefern (Brunetti, S. 71).

Die Folgen dieser bürokratischen Verdichtung ließen sich experimentell damit dokumentieren, daß die Erledigung der administrativen Voraussetzungen für die Gründung eines Textilbetriebes in den USA 3,5 Arbeitsstunden in Anspruch nimmt, in Peru 289 Arbeitstage (Brunetti S. 76). Andererseits versucht man durch diskretionäre Vorschriften auch in der Wirtschaft den Zustrom der Landbevölkerung in die Städte zu bremsen, was wieder zur Herausbildung einer Parallelwirtschaft mit beschränkten Märkten und präindustriellen Sanktionsmechanismen, wie persönliche Kontakte und Verlust des guten Rufes, führt (Brunetti S. 89).

Zu ähnlichen Ergebnissen gelangt eine Untersuchung über die Effizienz des Kreditwesens in den Entwicklungsländern (13). Das Nichtfunktionieren des öf-



fentlichen Kreditwesens führt auch hier zum Entstehen privater Substitute, die aber eben unter den Restriktionen dieser Kategorie leiden, sich also auf einen beschränkten Personenkreis und Markt beschränken.

Die dargelegten Untersuchungen dokumentieren somit die Bedeutung der Institutionen für das Wirtschaftswachstum, die negativen Effekte unzulänglicher solcher. Nur ansatzweise beantwortet bleibt in diesen, im Rahmen der Institutionentheorie rein neoklassisch argumentierenden Studien die für die industrielle Entwicklung maßgebende Frage: Wie kommt es zum Entstehen ökonomisch ineffizienter Institutionen und wieso verharren sie in diesem Zustand?

Brunetti sieht die notwendigen Veränderungen von Institutionen durch die potentiellen „Verlierer“, die in effizienten Verbänden organisiert sind, behindert. Als besonders beschwerlich erweist sich in diesem Zusammenhang die schweizerische direkte Demokratie (Brunetti S. 155).

Die umfassende Antwort darauf gibt der Nobelpreisträger D. C. North in seiner letzten Studie (14), und seine persönliche Entwicklung kann man als exemplarisch für jene der Institutionenökonomie betrachten. Auch er ging in seinen frühen Arbeiten davon aus, daß die Veränderungen der relativen Preise solche der Institutionen bewirkten, aber bereits 1981 erklärte er die Existenz ineffizienter Institutionen aus dem Interesse der Herrscher (15).

In seiner jüngsten Arbeit erweitert er diesen Ansatz zu einer allgemeinen Theorie der Entstehung und Veränderung von Institutionen. Diese Beschränkungen menschlicher Interaktion werden im wesentlichen durch soziale Gruppen geschaffen. Ihr Charakter entspricht deren Interessen und Präferenzen, welche der neoklassischen Analyse zugänglich sind, aber auch dem Informationsstand. Zumeist schlagen sie sich in Sitten, Gebräuchen und Überlieferungen nieder, welche sich naturgemäß sehr schwer wandeln. Aber selbst judizielle Regeln sind nicht ohne weiteres zu verändern. Institutionen sind daher durch den historischen Ablauf determiniert und in der Regel nur allmählich zu verändern. Diese Stabilität der Institutionen erleichtert die Aktivität der Wirtschaftssubjekte und führt unter bestimmten Konstellationen zu ökonomisch optimalen Ergebnissen.

Ändern sich die relativen Preise, sollte es auch zu einem Wandel der Institutionen kommen. Solches wird auch häufig im formellen und informellen Bereich geschehen. Allerdings dann nicht, wenn die „Modellvorstellung“ der letztlich maßgeblichen Gruppen der Realität nicht gerecht werden. Wesentlich für jeden Institutionenwandel bleibt immer der bisherige Verlauf, weil er in hohem Maße die künftige Entwicklung determiniert (16).

North illustriert das an dem Umstand, daß die meisten südamerikanischen Staaten eine der US-amerikanischen ähnliche Verfassung übernommen haben. Dennoch bleibt ein himmelweiter Unterschied zwischen Süd- und Nordamerika, weil die gesamte Institutionenstruktur durch Einflüsse determiniert ist, die noch auf die politische Struktur der ursprünglichen Kolonialmächte zurückgeht (17).

Damit ist man aber am Ende dieser skizzenhaften Überlegungen zu den Ursachen des Entwicklungsrückstandes der Dritten Welt angelangt. Die Industrialisierung erweist sich als Resultat einer bestimmten Institutionenkonstellation, wie sie sich in Europa seit der Antike herausgebildet hatte. Auch dort wurde eine zureichende zu unterschiedlichen Zeitpunkten erreicht, was das West-Ost-Gefälle der Industrialisierung erklärt.

Es liegt auf der Hand, daß Gesellschaften, welche eine ganz anders geartete Institutionenstruktur aufweisen, als die europäischen, angesichts deren Behar-

rungsvermögens beträchtlich Zeit benötigen, um die für die Industrialisierung erforderliche Struktur zu entwickeln – auch wenn Modell-Lernen diesen Prozeß beträchtlich abkürzt.

Damit sind freilich nur die Grundlinien der Entwicklung gezeichnet, auch methodologisch. Denn natürlich werden andere analytische Ansätze gleichfalls wichtige Aspekte dieses Problems zutage fördern können. Aber die notwendigen Studien würden damit von einer sinnvollen Basis ausgehen.

Und noch einen Schluß kann man aus den angestellten Überlegungen ziehen: Wirtschaftsgeschichte ist kein Zierat am Gebäude der Nationalökonomie, eine Angelegenheit für Liebhaber oder zum ästhetischen Genuß, ja nicht einmal – was schon realistischer wäre – das Material, an dem die Relevanz von Hypothesen getestet werden kann, sondern sie erweist sich als unerlässlich, um hochaktuelle ökonomische Probleme zu erforschen und auch adäquate wirtschaftspolitische Konzepte zu entwickeln. Das gilt gegenwärtig für den gesamten Komplex der östlichen Volkswirtschaften und vor allem aber für jenen der Dritten Welt.

Felix Butschek

### Anmerkungen

- (1) Boekh (1992) 116.
- (2) Nuscheler (1974) 197.
- (3) Ebd. 201.
- (4) Ebd. 203.
- (5) Nohlen, Nuscheler (Hrsg.) (1974) 46.
- (6) Linnemann (1966) 34.
- (7) Nohlen, Nuscheler (Hrsg.) (1974) 47.
- (8) Seine Arbeit enthält noch ein Kapitel, das sich mit der Weltwirtschaftskrise befaßt, wo man Mythen eigentlich weder sucht noch findet.
- (9) Hoffmann (1931) 70.
- (10) Rostow (1960).
- (11) Jones (1987) 104.
- (12) Rosenberg, Birdzell (1986) 49; siehe auch Crone (1992) 173.
- (13) Weder (1993).
- (14) North (1990).
- (15) North (1981).
- (16) North (1992) 109.
- (17) Ebd. 134.

### Literatur

- Boekh, A., Entwicklungstheorien: Eine Rückschau, in: Nohlen, D.; Nuscheler, F. (Hrsg.), Handbuch der 3. Welt, Band 1 (Bonn 1992).
- Crone, P., Die vorindustrielle Gesellschaft (München 1992).
- Gerschenkron, A., Economic Backwardness in Historical Perspective (Cambridge/Mass. 1962, 3. Auflage 1976).
- Hoffmann, W., Studien und Typen der Industrialisierung (Jena 1931).
- Jones, E. L., The European Miracle (Cambridge 1981, 2. Auflage 1987).
- Linnemann, H., An Econometric Study of International Trade Flows (Amsterdam 1966).
- Myrdal, Gunnar, The Asian Drama (New York 1968, deutsch: Asiatisches Drama, Frankfurt/Main 1973).
- Nohlen, D.; Nuscheler, F., Was heißt Unterentwicklung, in: dies. (Hrsg.) Handbuch der 3. Welt, Band 1 (Bonn 1992).
- North, Douglass C., Structure and Change in Economic History (New York 1981, deutsch: Theorie des institutionellen Wandels, Tübingen 1988).

- North, Douglass C., *Institutions, Institutional Change and Economic Performance* (Cambridge/Mass. 1990; deutsch: *Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung*, Tübingen 1992).
- Nuscheler, F., *Bankrott der Modernisierungstheorien*, in: Nohlen, D.; Nuscheler, F., (Hrsg.), *Handbuch der 3. Welt*, Band 1 (Bonn 1974).
- Prebisch, Paul, *The Economic Development of Latin American and Its Principal Problems* (United Nations, New York 1955).
- Rostow, W. W., *The Stages of Economic Growth* (Cambridge/Mass. 1960).
- Rosenberg, Nathan; Birdzell Jr., L. E., *How the West Grew Rich* (New York 1986).
- Weder, B., *Wirtschaft zwischen Anarchie und Rechtsstaat* (Chur 1993).